

## Sozialgerechte Klimapolitik

### Wie kann die Regierung einen Ausgleich für sozial benachteiligte Mitbürger garantieren?

Für Caritas Luxemburg steht unausweichlich fest: es sind in erster Linie die Ärmsten und die sozial Benachteiligten, die am heftigsten unter dem Klimawandel und der Umweltverschmutzung leiden und auch in Zukunft leiden werden. Umwelt- und Klimaschutz müssen nicht nur lang-, sondern auch kurzfristig die soziale Gerechtigkeit fördern. Nur dann werden sie in der Gesellschaft auf breite Akzeptanz stoßen. Heute schon riskieren die Einkommensschwächeren in Luxemburg bei wichtigen Klima- und Umweltschutzmaßnahmen außen vor zu bleiben, da sie bspw. trotz staatlicher Zuschüsse nicht über das notwendige Eigenkapital verfügen, um ihr Leben dem Klimawandel anzupassen. Durch hohe Mieten und Wohnungspreise werden sie zudem zukünftig noch verstärkt aus den attraktiven Hauptballungsgebieten verdrängt. Diese bieten aber im Alltag die besten Anschlüsse an den öffentlichen Transport und die besten Bedingungen zum Umstieg auf die sanfte Mobilität.

**Caritas Luxemburg fordert die politisch Verantwortlichen auf, die soziale Dimension im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes vollumfänglich miteinzubeziehen.** Schnell können ansonsten Klima- und Umweltschutzmaßnahmen als vermeintliche Privilegien, Zumutungen oder Drangsalierungen einer eher gut gestellten Elite diskreditiert werden. Es gilt diesbezüglich sowohl tatsächliche Ungerechtigkeiten, als auch bereits das Erstarken eines Ungerechtigkeitsgefühls und sozialer Konflikte zu verhindern.

Staatliche Eingriffe zur Reduktion des Energieverbrauchs müssen kostenneutral für sozial Benachteiligte sein. Während Menschen mit geringem Einkommen von solchen Massnahmen stärker getroffen werden, sind sie für die Ursachen des Problems am wenigsten verantwortlich. Mit wenigen Ausnahmen sind es **die Reichsten, die den höchsten ökologischen Fußabdruck aufweisen**, sowohl in Europa als auch weltweit. Oxfam hebt hervor, dass die 10 Prozent der reichsten Menschen die Hälfte der weltweiten Treibhausgase verursachen, die 50 Prozent der Ärmsten dagegen nur 13% Prozent<sup>1</sup>. Die Ärmsten - in Europa und weltweit - sind am härtesten von den Folgen des Klimawandels betroffen und haben weniger Mittel und Ressourcen zur Anpassung.

**Gerecht konzipierte Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigen ungleiche Ausgangspunkte.** Die Berücksichtigung ungleicher Ausgangspunkte ist eine Grundvoraussetzung für eine dauerhaft gut funktionierende und gerechte Klima – und Sozialpolitik. Auch in Luxemburg wachsen die sozialen Ungleichheiten. 2018 hatten die Top 10 Prozent der Haushalte ein um das 10,1-fach höheres Einkommen als die ärmsten 10 Prozent<sup>2</sup>. Die Armutsgefährdungsquote in Luxemburg liegt

---

1 Oxfam: Die reichsten 10 Prozent verursachen die Hälfte der weltweiten Treibhausgase; Pressemitteilung vom 2. Dezember 2015 <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2015-12-02-oxfam-reichsten-10-prozent-verursachen-haelfte-weltweiten>  
2 STATEC 2019

mittlerweile bei 18,3 Prozent - 2010 waren es noch 14,5 Prozent<sup>3</sup>. Die Armutsgefährdung bei Alleinerziehenden liegt sogar bei 40,7 Prozent<sup>4</sup>.

Ungleichheiten bewirken außerdem einen unterschiedlichen Zugang zu Entscheidungsprozessen. Migranten, ethnische Minderheiten und Haushalte mit niedrigem Einkommen sind weniger an Entscheidungsprozessen beteiligt, jedoch sind sie am stärksten den möglichen negativen Auswirkungen politischer Maßnahmen ausgesetzt.

### **Eine sozialgerechte CO<sub>2</sub> Bepreisung für Luxemburg**

Die Bepreisung von Treibhausgasen ist für immer mehr Staaten weltweit ein wichtiges Mittel zur Erfüllung ihrer Klimaziele. 57 CO<sub>2</sub>-Preisinstrumente in weltweit 46 Staaten sind nach Weltbank-Berechnung derzeit schon umgesetzt oder warten auf ihre Umsetzung<sup>5</sup>. Jetzt hat auch Luxemburg angekündigt mit der anstehenden Steuerreform einen CO<sub>2</sub> Mindestpreis einzuführen. Der Preis soll 2021 bei 20 Euro pro Tonne eingeführt werden.

Eine CO<sub>2</sub> Bepreisung soll nicht als Steuer angesehen werden, d.h. als Maßnahme um die Haushaltskasse zu erhöhen, sondern als ein Instrument um Treibhausgase zu senken. Ein CO<sub>2</sub> Preis wird als Instrument angesehen, das dem **Verursacherprinzip** nach, Treibhausgase reduzieren soll. Wer viel CO<sub>2</sub> verbraucht, muss demnach mehr bezahlen. Die Logik hinter einer CO<sub>2</sub> Bepreisung ist, dass, wenn klimaschädliche Güter teurer werden, die Nachfrage sinkt. Dies soll dazu führen, dass Alternativen wirtschaftlicher werden und somit günstiger. Dies macht es dem Konsumenten einfacher klimafreundlich zu handeln<sup>6</sup>. Damit der Anreiz hoch bleibt, Emissionen weiter zu senken, soll der Preis pro Tonne CO<sub>2</sub> zudem mit der Zeit steigen.

Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung kann, wenn sie schlecht konzipiert ist, einkommensschwache Haushalte stärker als einkommensstarke Haushalte belasten. Bei einkommensschwachen Haushalten ist der Anteil des Einkommens, der für Energie ausgegeben wird, höher. Frankreichs Beispiel zeigt, dass eine hohe Unzufriedenheit entstehen kann, wenn dieser Effekt nicht ausgeglichen wird. Eine **sozial gerechte CO<sub>2</sub>-Bepreisung muss auf Haushaltsebene regressiv wirken**, also ärmere Haushalte im Verhältnis zu ihrem Einkommen weniger belasten als reichere. Eine mögliche **Umverteilungsmassnahme**, orientiert am Modell der Schweiz, könnte sein, dass jeder Bürger den gleichen Betrag zurückerstattet bekommt. Haushalte, die unter dem Mittelwert des CO<sub>2</sub> Ausstoßes liegen, würden mehr profitieren, da bei diesen die Rückerstattung höher als der Preisaufschlag ist. Wer also CO<sub>2</sub> sparsam konsumiert, hat am Ende mehr davon. Wenn die Rückzahlungen an die Bürger hoch genug werden, werden sie eine Belohnung für ein klimaverträgliches Wirtschaften und Konsumieren darstellen.

Die Regierung kündigt an, dass die sozial schwächeren Schichten unserer Gesellschaft entschädigt werden. „Deshalb werden die Maßnahmen des Klimaplanes auf ihre soziale Gerechtigkeit geprüft und gegebenenfalls Entschädigungen für betroffene Bürger vorgesehen“<sup>7</sup>. Weiter soll „die sozial

---

3 STATEC 2019

4 STATEC 2019

5 Linus Herzig, Oldag Caspar: CO<sub>2</sub>-Preise: eine Idee, deren Zeit gekommen ist ; Bestehende Instrumente und aktuelle Debatten in Europa und den G20 (2019)

[https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/Germanwatch-CO2-Preise-EU-G20\\_0.pdf](https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/Germanwatch-CO2-Preise-EU-G20_0.pdf)

6 Scientists for Future: Antworten auf zentrale Fragen zur Einführung von CO<sub>2</sub>-Preisen; Gestaltungsoptionen und ihre Auswirkungen für den schnellen Übergang in die klimafreundliche Gesellschaft (2019)

[https://www.scientists4future.org/wp-content/uploads/2019/08/S4F\\_CO2\\_Preis\\_final.pdf](https://www.scientists4future.org/wp-content/uploads/2019/08/S4F_CO2_Preis_final.pdf)

7 [https://gouvernement.lu/dam-assets/documents/actualites/2019/12-décembre/PNEC-synthese.pdf](https://gouvernement.lu/dam-assets/documents/actualites/2019/12-d%C3%A9cembre/PNEC-synthese.pdf)

verträgliche Umsetzung des CO<sub>2</sub>- Preises (...) durch eine gezielte Verwendung der Einnahmen gewährleistet (werden). Für das Jahr 2021 kann man auf Basis der bekannten Daten mit Einnahmen von ungefähr 150 Millionen Euro ausgehen. Diese werden in einem ausgewogenen Maß (*d'une manière équilibrée*) für konkrete Klimaschutzmaßnahmen und gezielte soziale Entlastungen über fiskalische (z.B. Steuerkredit) und soziale Maßnahmen im Sinne der „*équité sociale*“ für Haushalte mit geringem Einkommen verwendet“.

Die Details bleiben allerdings noch offen, und es kommt auf diese Details an, ob die Maßnahme sozialgerecht sein wird oder nicht. Eine Steuergutschrift (*crédit d'impôt*) macht Sinn um eine Rückerstattung zu gewähren, aber nur, wenn sie auch als **negative Steuer** angelegt ist und auch die Haushalte erreicht die keine Steuererklärung machen (weil ihr Einkommen zu niedrig ist). Weil die Steuervergütung pro Haushalt gerechnet wird, muss jedoch die Zusammensetzung (Anzahl der Kinder, alleinerziehend oder nicht) berücksichtigt werden und sozial gerecht gestaltet werden. Wenn die geplante Individualisierung der Steuer kommt, muss dieser Zusammenhang ebenfalls berücksichtigt werden.

Die bestehende und steigende **Energiearmut muss mit gezielten Maßnahmen bekämpft werden** (dazu gehören als Voraussetzung auch die nötigen Messinstrumente und eine aktualisierte statistische Aufarbeitung); **Förderprogramme zur energetischen Sanierung müssen reformiert werden** nach dem Prinzip, dass finanzielle Unterstützung diejenigen erhalten sollen, die es sich ansonsten nicht leisten können. Ein nationales Programm zum Ersetzen der „Mazout-Heizungen“ muss klarere Angaben enthalten bis wann und in welchem Ausmaß dies geschehen soll. Erhöhte Heizkosten von Geringverdienern, die oft in schlecht isolierten Wohnungen leben, könnten durch eine **Erhöhung der Teuerungszulage** - die nach dem Haushaltseinkommen berechnet wird - als zusätzliches Instrument zur Entlastung der einkommensschwächsten Mitbürger ausgeglichen werden. In diesem Fall müsste allerdings nicht nur das Haushaltseinkommen in Betracht gezogen werden, sondern auch die spezifische Situation des Haushaltes in Bezug auf die Mobilität (wie die Frage ob jemand an den öffentlichen Transport angebunden ist oder nicht, wieviel der Haushalt auf den Individualverkehr angewiesen ist). Die **Pendlerpauschale** muss überarbeitet werden. Menschen, die sich dafür entscheiden, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu fahren, sollten mehr unterstützt werden als jene, die sich für das Auto entscheiden. Wichtig ist, dass die Regierung transparent offenlegt wohin das Geld fließt.

Damit die Lenkungswirkung einer CO<sub>2</sub> Abgabe wirkungsvoll ist, muss sie ausnahmslos **auf allen fossilen Produkten erhoben werden und CO<sub>2</sub> -intensive Unternehmen dürfen nicht ausgeschlossen werden**. Die Bepreisung pro Tonne CO<sub>2</sub> muss auch hoch genug sein, damit es sich lohnt zu einer klimafreundlicheren Alternative zu wechseln. Die schrittweise Einführung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Rahmen eines klar vorgegebenen Pfades begünstigt die Akzeptanz der Maßnahmen. **Der Einstiegspreis von 20 Euro** pro Tonne CO<sub>2</sub> der innerhalb von zwei Jahren auf 30 Euro steigen soll, wird allerdings von vielen Experten **als zu niedrig eingeschätzt**. Die OECD gibt an, dass 30 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> nicht ausreichen um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Die Ökonomen Stern und Stieglitz kamen 2017 zum Schluss, dass ein CO<sub>2</sub> Preis 2020 bei mindestens US\$40 bis 80 (35 -71 Euro) liegen muss und bis 2030<sup>8</sup> zwischen US\$50–100/tCO<sub>2</sub> (45 – 90 Euro), um die Klimaziele zu erreichen. In

---

<sup>8</sup>Carbon pricing leadership commission: Report of the High-Level Commission on Carbon Prices (2017)  
[https://static1.squarespace.com/static/54ff9c5ce4b0a53deccfb4c/t/59244eed17bffc0ac256cf16/1495551740633/CarbonPricing\\_Final\\_May29.pdf](https://static1.squarespace.com/static/54ff9c5ce4b0a53deccfb4c/t/59244eed17bffc0ac256cf16/1495551740633/CarbonPricing_Final_May29.pdf)

Luxemburg verursacht der Transportsektor insgesamt zwei Drittel der Treibhausgase. Luxemburg wird seine Klimaziele nicht erreichen, wenn der Spritverkauf weiter steigt. Die etwa 5 Cent pro Liter Diesel, die ein Tonnenpreis von 20 Euro ausmacht, werden den Spritverbrauch voraussichtlich nicht senken. Eine CO<sub>2</sub> Bepreisung alleine wird allerdings nicht ausreichen um die "schnelle, weitreichende und beispiellose Änderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen" zu erreichen, die notwendig sind, um die Erderwärmung noch auf 1,5 Grad zu begrenzen<sup>9</sup>. Entscheidend für einen sozial gerechten Klimaschutz ist, dass **ein Mix von Instrumenten angewendet wird**. Mit nur punktuellen Einsparungen, mit Effizienzverbesserungen und Freiwilligkeit alleine wird der Klimawandel nicht aufzuhalten sein. Die notwendigen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit anderen Politikfeldern (z. B. Offensive im sozialen Wohnungsbau, Ausbau des öffentlichen Transports) müssen hergestellt werden.

Neben einem CO<sub>2</sub> Preis muss Luxemburg, um sozial gerechter zu werden, die bestehenden zahlreichen **Ungleichheiten in der Besteuerung aufheben**: Arbeitnehmerlöhne werden zu 100% besteuert, Kapitalerträge nur zu 50% (oder im Falle der „stock options“ noch weniger) und Immobilienerträge teilweise nur zu 25% (oder sogar überhaupt nicht im Falle der „Fonds d’investissement spécialisés“, FIS). Es ist an der Zeit, mit solchen ungerechtfertigten Steuervorteilen aufzuräumen. Weiter soll die **Vermögenssteuer** wieder eingeführt werden und eine **Senkung der Lohnsteuer eingeführt werden**. Ein Grundfreibetrag für Grundbedürfnisse (Heizung, Licht, Kochen, notwendige Transportkosten) würde die direkten Auswirkungen auf die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft abfedern.

Weiter müssten die **Zulassungsgebühren für CO<sub>2</sub>-intensive SUVs höher angesetzt werden** und es müsste auch eine **Kerosinsteuer** eingeführt werden. Die Regierung soll weiter **staatliche Investitionen in fossile Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas stoppen** und massiv in klimaverträgliche Alternativen investieren.

Zusammenfassend noch mal unsere Forderungen:

- eine Steuergutschrift (*crédit d’impôt*) die als negative Steuer angelegt ist.
- eine Reform der Förderprogramme zur energetischen Sanierung nach dem Prinzip, dass finanzielle Unterstützung diejenigen erhalten sollen die es sich ansonsten nicht leisten können.
- eine Erhöhung der Teuerungszulage
- die Überarbeitung der Pendlerpauschale
- Aufhebung der zahlreichen Ungleichheiten in der Besteuerung
- Erhöhung der Zulassungsgebühren für CO<sub>2</sub>-intensive SUVs
- die Einführung einer Kerosinsteuer
- Stop von staatlichen Investitionen in die Förderung fossiler Brennstoffe

Januar 2020

Autorin: Carole Reckinger, Referentin Sozialpolitik  
Email: carole.reckinger@caritas.lu

---

<sup>9</sup> IPCC Sonderbericht 1,5 °C globale Erwärmung  
<https://www.de-ipcc.de/256.php>